

René Remond

## «Christliche Demokratie»: Der Fall Frankreich

Im europäischen Spektrum politischer Manifestationen der christlichen Demokratie stellt Frankreich einen Einzelfall dar. Es sind unter anderen besonders drei Merkmale, die zu seiner Besonderheit beitragen. Beginnen wir mit dem, dessen Geschichte die längste ist: fast 200 Jahre, wenn man seine weit zurückliegenden Ursprünge bis auf die in der Zeit der Französischen Revolution erfolgten unheilvollen Versuche, die Treue zur Kirche mit den Prinzipien der Demokratie in Einklang zu bringen, zurückgehen läßt. Daher ist es auch in Ordnung, daß in Frankreich die Vorläufer der christlichen Demokratie auftauchten, da ebenfalls in Frankreich ein Volk – zum ersten Mal in Europa – begonnen hat, die Postulate der Demokratie zu verkünden. Dafür aber hat sich die christliche Demokratie in Frankreich – im Unterschied zu den meisten anderen Ländern, wo die Geschichte der christlichen Demokratie die eines kontinuierlichen Anwachsens war, ja, in einigen sogar die politisch bestimmende Kraft wurde – nicht als eine beständige Kraft durchgesetzt: Die Geschichte der christlichen Demokratie in Frankreich ist eine unzusammenhängende, ruckartige Geschichte, erzeugt durch Phasen des plötzlichen Auftauchens, denen Perioden langdauernden Fehlens folgten. Das ist ihr zweites Charakteristikum. Sie spiegelt so eine spezifische Eigenschaft der französischen politischen Geschichte, die von revolutionären Zäsuren gespalten ist, wider.

Seit einem Vierteljahrhundert ist die von der christlichen Demokratie inspirierte Strömung aus der politischen Szene beinahe verschwunden. Dies ist das dritte Spezifikum des französischen Falls. Aus Gründen, die erläutert werden müssen, und auf die ich zurückkommen werde, hat Frankreich nie eine wahrhaft konfessionelle Partei gekannt: die einer christlichen Demokratie angenäherten Formen, die es in bestimmten Momenten seiner politischen Geschichte praktiziert hat, haben sich immer dagegen geschützt, eine direkte Verbindung zwischen Religion und Politik herzustellen.

Die erste Episode, in der man den Ansatz einer christlichen Demokratie erkennen kann, war ein Mißerfolg, dessen Folgen ihre Zukunft bleibend belasteten. Es handelt sich um die Geschichte der Konstitutionellen Kirche zwischen 1790 und 1794. Für diesen Versuch, in Bezug auf seine besten Aspekte, steht ein Name, nämlich der des Abbé Grégoire, des Repräsentanten jener Priester, die es eine Zeit lang für möglich hielten, ihre priesterliche Treue mit der Loyalität gegenüber den neuen Institutionen, die Frankreich hervorgebracht hatte, zu vereinbaren. Der Versuch war zum Scheitern verurteilt: Indem sie die innere Organisation der Kirche einseitig zerstörten, zogen die Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung, denen die moderne Idee des Laizismus – verstanden als juristischer Ausdruck für die Unterscheidung zwischen dem, was in den Bereich des persönlichen Gewissens gehört, und dem, was der Staatsautorität unterliegt – fremd war, die Verurteilung des Heiligen Stuhls auf sich, der sich umso weniger mit dieser Einmischung abfinden konnte, als sie – im Unterschied zu den hoheitlichen Interventionen der Fürsten – Prinzipien für sich in Anspruch nahmen, die der Kirche nun als widersprüchlich zur christlichen Definition der Pflichten des Menschen gegenüber Gott und der Gesellschaft erschienen. Diese Erprobung christlicher Demokratie bezahlte also für den ideologischen und politischen Zusammenstoß zwischen der Revolution und dem Katholizismus. Ihre Zukunft sollte lange dadurch belastet sein: In den Augen der Mehrheit der Katholiken wurden sogar die Idee der Demokratie bleibend mit militantem Unglauben gleichgesetzt und ihre Anwendungen als mit der christlichen Treue unvereinbar identifiziert.

Die zweite Episode war von nicht längerem Bestand und hatte kein glücklicheres Ende: Sie ist mit dem Namen La Mennais und mit der Julirevolution 1830 verbunden. Ihre Ursprünge waren, offen gestanden, keinesfalls demokratisch – wenn sich La Mennais vom *Ultrasismus* (Ultraroyalismus und Ultramontanismus), zu dessen hervorragendsten Theoretikern und Wortführern er gehört hatte, abwendet, so zunächst aus Enttäuschung darüber, nicht die Mitwirkung der restaurierten Monarchie bei der Erneuerung einer Art Theokratie zu erreichen: Er nahm es der Regierung der Restauration übel, daß sie die Restauration der traditionellen Gesellschaft und

einer Ordnung, in der die Religion das gesellschaftliche Verhalten bestimmt und kontrolliert hätte, nicht bis zum Ende gebracht hatte. Er schließt sich dann der Volksregierung an, von der er sich erhofft, daß sie für die religiösen Imperative empfänglicher sein würde. Aus der Revolution, die soeben die Bourbonen gestürzt hat, seine Lehren ziehend, und gemäß seiner Philosophie vom gesunden Menschenverstand, welcher die allgemeine Zustimmung zum Kriterium der Wahrheit erklärt, stellt er fest, daß aus dem Ruin der Prinzipien und Regierungen nur zwei Kräfte unversehrt herausragen: Gott und die Freiheit. Es ist wichtig, diese miteinander in Einklang zu bringen – das ist die Inspiration der Zeitschrift *L'Avenir*, die er einige Monate, zwischen 1830–1831, leitet und die tatsächlich «*Dieu et liberté*» als Motto trägt. Wegen seiner Ursprünge verdächtig, war auch dieser Versuch verfrüht: Rom beharrte weiterhin auf Verhandlungen mit den Staatsoberhäuptern und blieb dabei, in der Anerkennung der Freiheitsrechte einen unheilvollen Irrtum zu sehen. Die Enzyklika *Mirari vos* von 1832 offenbarte diesen Bruch zwischen der Kirche und den Freiheitsprinzipien und umso mehr zwischen der Kirche und der Demokratie.

Die dritte Episode war genauso kurz und ebenso erfolglos. Wie die zwei vorhergehenden ist sie an eine Revolution, die von 1848, gebunden. Sie begann mit einer Idylle zwischen Demokratie und Christentum: Im Unterschied zu den zwei früheren Revolutionen, deren geistiger Hintergrund nicht frei von kirchenfeindlichen Gefühlen gewesen war, bezieht sich die von 1848 auf das Evangelium. Einige Geistliche und eine Zeitschrift haben die große Hoffnung, Kirche und Demokratie zu versöhnen, dargelegt und ausgeführt: Lacordaire, der Erneuerer des Dominikanerordens, der Abbé Maret, zukünftiger Dekan der theologischen Fakultät der Sorbonne, Frédéric Ozanam, *L'Ere nouvelle*, deren Titel wie der des *Avenir* recht gut den Willen dieser Katholiken demonstriert, ihre Gedanken von der Nostalgie des Vergangenen abzuwenden, und ihren Blick auf die aufzubauende Zukunft zu richten. Der Versuch dauerte nur einige Monate; diesmal wurde das Mißlingen weniger durch die Religionspolitik der Republik verschuldet als durch den politischen Trend und das Einwirken der Römischen Frage: Pius IX. sah in den Ereignissen, die ihn aus Rom vertrieben, den Beweis für die Schädlichkeit der demokratischen Prinzi-

pien und zog daraus einen Grund mehr, seine Unnachgiebigkeit zu bekräftigen. Fünfzehn Jahre später, im Jahre 1864, zog der *Syllabus* einen unüberwindlichen und scheinbar endgültigen Graben zwischen Christentum und Demokratie, indem er zur Zahl der verurteilten Irrtümer die Auffassung, daß der Papst sich mit den Grundsätzen der modernen Gesellschaft aussöhnen müsse, hinzuzählte. Tatsächlich gab es während ungefähr 40 Jahren keinen solchen Versuch mehr: Von 1850 bis 1890 beziehen sich diejenigen Katholiken, die sich damit beschäftigen, der Entwicklung der Gesellschaft eine christliche Tendenz aufzuprägen, auf eine reaktionäre Ideologie und präsentieren eine konservative, hierarchische, unegalitäre und autoritäre Sozialphilosophie als die einzig legitime Umsetzung der christlichen Offenbarung in die politische Gesellschaft.

### *Schritte zur Versöhnung*

Ihren ersten Frühling erlebte die christliche Demokratie in den Jahren 1890–1910 infolge der eindringlichen Einladung des Papstes Leo XIII. an die Katholiken, sich mit der Republik zu versöhnen. Diese Versöhnung bedeutete zunächst nicht die Zustimmung zur Demokratie; er war nicht mehr als die Hinnahme des Regimes: Da die Institutionen und die republikanische Form des Regimes offenbar die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung genossen, wäre es für die Kirche politisch unklug gewesen, an Parteien gebunden zu bleiben, die den Traum einer unwahrscheinlichen Restauration nährten; es handelte sich darum, die religiösen Interessen zu wahren und nicht, sich zur Demokratie zu bekehren. Aber indem sie die Kirche von der oft bis zur Verwechselbarkeit getriebenen Verbindung mit den Gegnern der Demokratie befreite, ebnete die römische Initiative der christlichen Demokratie den Weg, ganz so wie 1926 die Verurteilung der Schule der Action française durch Pius XI. das Aufblühen eines anderen Ausdrucks von Demokratie begünstigen sollte. An diesen Beispielen sieht man, inwieweit das Schicksal der christlichen Demokratie in Frankreich – zu ihren Gunsten in den Jahren 1890 und 1926 und zu ihren Ungunsten in den Jahren 1791, 1832 und 1849 – von den Interventionen Roms abhängig war.

Im Kielwasser des «Ralliement» stürzt sich eine Generation junger Priester mit Ungestüm in die sozialen Tätigkeiten, den Journalismus, die

Politik; das sind die «abbés démocrates», die im jungen Klerus viel Sympathie genießen. Eine der repräsentativsten und angesehensten Personen ist der Abbé Lemire, ein Priester aus dem Norden Frankreichs und von 1893 bis zu seinem Tod im Jahre 1928 Abgeordneter von Hazebrouck. Parallel dazu erscheint ab 1894 eine Bewegung, deren Wesen nicht leicht zu definieren ist, und deren geistiger Hintergrund der Jugend- und Gesellschaftsbewegung ähnelt: der Sillon, bestimmt durch eine Persönlichkeit, die einer ganzen Generation ihren Stempel aufdrückte und deren Name heute noch eine Empfehlung ist: Marc Sangnier, Sportlehrer für Männer, unerreichter Redner, hochgemuter Visionär. Der Sillon steht wohlüberlegt und ohne Einschränkung auf demokratischem Boden: Er hat den Ehrgeiz, die Kirche und das Volk endgültig zu versöhnen. Er verkündet öffentlich, daß die Demokratie – weit davon entfernt, sich vom Evangelium abzusetzen – dessen politische Übertragung ist. Ist es nicht die Lehre Jesu, die die Menschen gelehrt hat, daß sie gleiches Ansehen und gleiche Rechte besitzen? Umgekehrt aber braucht die Demokratie das Christentum, um die Hemmnisse des individuellen Egoismus zu überwinden.

Dieses erste goldene Zeitalter der christlichen Demokratie wird von plötzlichen Peripetien wie der Dreyfus-Affaire durchkreuzt, die es wieder verdunkeln. Es stößt auf zähe Widerstände und kollidiert ab 1900 mit einer zunehmenden Verständnislosigkeit Roms, die 1910 in der Verurteilung des Sillon gipfelt, er habe Katholizismus und Demokratie zu eng miteinander verbunden. Das ist die Rache der unnachgiebigen katholischen Gegner demokratischer Ideen: Ihr Triumph wird weniger dauerhaft sein als die früheren.

Der Krieg von 1914–1918 beschleunigt die Versöhnung der Kirche mit der Republik; die Beruhigung in den religiösen Streitigkeiten ermöglicht Annäherungen. Diese zweite Aussöhnung schafft die Voraussetzungen für einen Wiederbeginn einer christlich inspirierten Demokratie. Ich sage ausdrücklich «inspiriert»: denn ihre Pioniere hüten sich von nun an, zu explizit auf die Religion Bezug zu nehmen. Nicht weil sie sich schämten, ihre Überzeugung zu bekennen oder aus taktischer Gerissenheit: Die Katholiken, die an der Versöhnung von Kirche und Demokratie arbeiten wollen, tun dies im Namen des Pluralismus und der Freiheit, damit der Christ seine politischen Überzeugungen wählen

kann: Sie stützten sich auf die Unterscheidung der profanen und geistlichen Ebene: Sie machen anderen, die mit ihnen den gleichen Glauben teilen, deshalb nicht das Recht streitig, politisch abweichende Meinungen zu haben, aber nehmen für sich selbst dieses Recht in Anspruch. Diese Art der christlichen Demokratie findet ihre Inspirationsquellen und gleichzeitig ihre Anhänger im sozialen Katholizismus – dessen für Veränderung offene und auf die Zukunft gerichtete Ausrichtung seine traditionalistische Interpretation in den Hintergrund gedrängt hat –, in der christlichen Gewerkschaftsbewegung (seit 1919 haben sich die verschiedenen Gewerkschaften, deren älteste von 1886 her stammen, in der Confédération Française des Travailleurs Chrétiens neu formiert), und in den Menschen, die ihr politisches, ihr Staatsbewußtsein erworben haben in der Association Catholique de la Jeunesse Française, gegründet 1886 von Albert de Mun, der sich von seinen anfänglichen traditionalistischen Positionen her zu einem demokratischen Kurs entwickelt hat. 1924 benutzen die Männer dieser Gesinnung mit dem Parti démocrate populaire zum ersten Mal ein politisches Instrument – man sollte vor allem dem Namen, der keine explizite Bezugnahme auf die Kirche zuläßt, Aufmerksamkeit schenken –, der sich nach dem Beispiel der klassischen politischen Parteien organisiert, der Kandidaten für die Wahlen aufstellt und der in den Legislaturperioden von 1928, 1932 und 1936 etwa fünfzehn Abgeordnete zählt. Diese Partei hat überzeugte Aktivisten; ihr kommt die Unterstützung einiger Tageszeitungen zugute, besonders von L'Aube, geleitet von Francisque Gay, der daraus den Sammlungspunkt aller Fraktionen christlich inspirierter Demokraten machen will, und einer regionalen Tageszeitung, *Ouest-Eclair* in Rennes. Aber die Partei bleibt im Parlament zu schwach, um sich Gehör zu verschaffen, und leidet unter ihrer Stellung zwischen einer konservativen Rechten, die das Vertrauen der Mehrheit der Katholiken behält, und einer Linken, die in der Kirche weiterhin eine konservative Kraft sieht. Gezwungen, ihr politisches Lager zu wählen, wendet sie sich 1936 nach rechts, während die Jeune République, die ebenfalls aus der Nachkommenschaft Marc Sangniers stammt, dem Front Populaire beitrifft.

#### Der «Mouvement Républicain Populaire»

Die aufeinander folgenden Prüfungen des Kriegs und der Niederlage, der deutschen Besatzung,

des geheimen Kampfs gegen den Feind und der Opposition gegen das Regime von Vichy waren für die christlich inspirierte Demokratie die Gelegenheit einer Veränderung und vor allem eines spektakulären Vorstoßes. Im Untergrund sind die über das Wesen des Nationalsozialismus besser als ihre Mitbürger informierten christlichen Demokraten unter den ersten, die jede Übereinkunft mit dem Feind ablehnen. Sie werden sich ihres Festhaltens an den Werten der Demokratie bewußt. Sie begreifen die Notwendigkeit, die Grundlagen ihrer Organisation zu verbreitern, und legen die Fundamente für eine Bewegung, die ihrer Ansicht nach alle Menschen, die darum bemüht sind, die Demokratie auf humanistischen Prinzipien zu errichten, zusammenführen müßte: Das ist der *Mouvement Républicain Populaire*, offiziell im November 1944, einige Wochen nach der Befreiung, gegründet. Die ersten Wahlen im Frühling 1945 lassen erkennen, daß sein Programm in der öffentlichen Meinung auf ein großes Echo stößt. Einige Monate später, anlässlich der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, behauptet sich der MRP als starke politische Kraft: Er erzielt ein Viertel der Stimmen; seine parlamentarische Fraktion zählt etwa 160 Abgeordnete, und er teilt sich unter der Autorität von General de Gaulle mit der sozialistischen und kommunistischen Partei die Staatsgewalt. Einen Moment lang wird er sogar die bedeutendste Partei Frankreichs sein. Seitdem bis zum Untergang der IV. Republik wird der MRP kaum noch einmal die Regierungsverantwortung abgeben: Zwölf Jahre lang werden die christlichen Demokraten also die Möglichkeit haben, die Tätigkeit der öffentlichen Gewalten mitzubestimmen.

Wie und aus welchen Gründen ist also aus der kleinen Partei aus der Zeit vor 1940 diese große Organisation in der Zeit nach 1945 geworden? Der MRP ist damals der einzig relativ neue Verband und hatte keine Verantwortung für die Irrtümer in der Vorkriegszeit getragen. Er befriedigt den Wunsch nach Erneuerung des politischen Lebens. Und zwar umso mehr, als er sich als eine Bewegung präsentiert, die bestrebt ist, ein gegenüber den Parteien des klassischen Typs unterschiedliches politisches Verhalten auszuweisen. Zweifellos profitiert er auch von dem Eindruck, er sei die dem General de Gaulle am nächsten stehende Partei: Zu einer Zeit, da es keinerlei gaullistische Formation gibt, schlägt die Bewunderung für den Premier Résistant (Ersten

Widerstandskämpfer) zu seinen Gunsten aus. Auch kommt ihm das Verschwinden der rechten Parteien zugute und der Mißkredit, den deren Ideen nach Beendigung der Finsternis der Besatzungszeit ernteten. Die Wählerschaft riß ihn nach rechts – die Aktivisten zogen ihn nach links. Dieses Hin- und Hergerissensein erklärt zum Teil sein Schicksal und läßt seinen Mißerfolg schon ahnen. Vor allem erntet er die Frucht der seit fünfzehn Jahren dauernden gründlichen Arbeit der christlichen Aktivisten: Die neue Partei hat das Erbe des sozialen Katholizismus, die Erfahrung der christlichen Gewerkschaftler und die Dynamik der spezialisierten Bewegungen der *Association Catholique de la Jeunesse Française* (J. O. C., J. E. C., J. A. C.), deren Aktivisten erste politische Verantwortung im Widerstand erlernt haben, miteinander verbunden. Mit dem MRP erfüllt sich die vollständige Wiedereingliederung der Katholiken in die politische Gesellschaft: Nach den im Widerstand für die Demokratie geleisteten Opfern und den Beweisen ihres aufrichtigen und glaubwürdigen Anschlusses an die Republik kann niemand mehr ihre republikanische Gesinnung anzweifeln. Der MRP ist bei vielen Entscheidungen gleicher Meinung wie die Sozialisten. Eine Zeit lang wird sogar die Zusammenführung der Arbeiterbewegungen in Betracht gezogen, die Christen und Konfessionslose miteinander verbinden würde. Wenn dieses Projekt scheitert, ist damit der religiöse Streit dennoch nicht eingedämmt. In seinen Anfängen befindet sich der MRP eindeutig weiter links als der *Parti démocrate populaire*: Das ganze politische Kräftesystem hat sich nach links verschoben. Aufgrund dieser Tatsache hat der MRP die politische Erziehung einer großen Menge von Katholiken betrieben und sie zu einer im Vergleich zu ihren traditionellen Tendenzen gesellschaftlich fortschrittlicheren Position hingeführt.

So wie innerhalb des politischen Systems Frankreichs ist der MRP auch im Vergleich mit anderen europäischen christlichen Parteien eine eigenständige Erscheinung. Man wird schon bemerkt haben, daß sein Name keinen Bezug auf das Christentum nimmt. Dasselbe gilt von seinen Statuten und seinem Programm. Hier begegnet man einem typischen und wesentlichen Charakterzug des Falls Frankreichs. Trotz der allerdings grob vereinfachenden üblichen Einordnung des MRP unter den Begriff der christlichen Demokratie – was in Frankreich genauso wie im Aus-

land getan wird – ist der MRP keine konfessionelle Partei. Das Fehlen des konfessionellen Bezugs ist weder Heuchelei noch eine von Erwägungen der Wahlzweckmäßigkeit diktierte Vorsicht. Es will Ausdruck einer Realität und Hoffnung sein. Wenn er auch privilegierte Beziehungen zur Kirche unterhält und in seinen Reihen eine große Mehrheit von Katholiken, die aus religiöser Überzeugung zur Politik kommen, zählt, so ist er doch offen für Menschen aller Religionen. Er hat nie über die öffentliche Unterstützung der religiösen Obrigkeit verfügt: Im Unterschied zu anderen Ländern hat es der französische Episkopat seinen Gläubigen nie als Gewissenspflicht auferlegt, ihre Stimme nur den Kandidaten des MRP zu geben. Außerdem hat der MRP – außer vielleicht in der Zeit von 1945/1946, als im rechten Lager noch keine Partei existierte, die imstande gewesen wäre, ihre Stimmen zu bekommen – nie die Mehrheit der Stimmen der Katholiken erhalten; diese haben sich verteilt auf den MRP, die konservative und liberale Rechte der Unabhängigen und die gaullistische Opposition, die ab April 1947 vom Rassemblement du Peuple Français repräsentiert wird. Diese Zersplitterung der katholischen Sympathien ist eine konstante Erscheinung in der politischen Geschichte Frankreichs: Zu jeder Zeit und unter allen Regierungen haben die Katholiken Frankreichs einen Pluralismus der politischen Entscheidungen praktiziert – noch ehe dieser von der Kirche als legitim anerkannt worden war; ohne Zweifel deshalb, weil sie immer eine Abneigung dagegen empfanden, die Zuständigkeiten zu vermischen, und weil sogar die der religiösen Autorität Untergebenen, diejenigen, die am willigsten waren, ihre Weisungen anzunehmen, den Klerikalismus immer abgelehnt haben. Die Sorge um die Unabhängigkeit des Staates von der Kirche, das Festhalten an ihrer individuellen politischen Freiheit sind in Frankreich so alte Merkmale wie die Ausübung des allgemeinen Wahlrechts und der Beginn der politischen Demokratie.

Übrigens, obwohl der MRP gegenüber jeder konfessionellen Verwicklung so zurückhaltend war, wird seine bloße Existenz von bestimmten Christen, Intellektuellen oder Aktivisten als immer noch zu sehr den Stempel des Konfessionalismus tragend verurteilt: so übten z. B. Emmanuel Mounier und die Zeitschrift *Esprit*, die prinzipielle, unerbittliche Gegner jeder Kompromittierung religiöser Werte durch eine Politik

der Anpassung an die Regierung waren, unablässig strenge und manchmal ungerechte Kritik gegen den MRP und seine Politik. Genauso warfen viele Aktivisten, hauptsächlich Arbeiter, aber auch Studenten und Lehrende, dem MRP vor, Anlaß zur Verwirrung zu geben, und praktizierten dabei eine Kritik ohne die geringste Spur der Ahnung vom Begriff der christlichen Demokratie.

Mit den Jahren sollte sich der Graben zwischen einem Teil des französischen Katholizismus und dem MRP immer mehr vertiefen. Der Bruch des Abkommens mit den linken Parteien, die notwendige Verbindung mit den liberalen und konservativen Gruppierungen bedingen eine Rechtsdrift des MRP, die einen Teil seiner Aktivisten zunächst enttäuscht, dann empört. Die Ausübung der politischen Verantwortungen zwingt die Führer des MRP, vor allem in Übersee eine Politik zu betreiben, die den edlen Zielen der katholischen Linken widerspricht. Besonders die Opposition, die er mit Erbitterung gegen Pierre Mendès France, der die Sympathie der jungen Generation der katholischen Aktivisten genießt, einnimmt, trennt den MRP vollends von seiner Basis und verhindert die Erneuerung seiner Kader. Gegen Ende der IV. Republik ist der MRP sowohl durch die Gegebenheit der allgemeinen Entwicklung des politischen Kräftesystems als auch durch seine eigenen Initiativen nach rechts zurückgefallen: Er wird – wie zwanzig Jahre zuvor die radikale Partei mit der III. Republik – mit dem gescheiterten Regime identifiziert; er teilt dieses Mißgeschick mit der sozialistischen Partei. Nach 1960 definiert sich die Generation, die zum politischen Leben Zugang hat, durch die Ablehnung der alten Parteien: Der MRP erleidet die Kritik der jungen Katholiken, so wie die SFIO (Section française de l'Internationale Ouvrière), die ihre Leute hinnehmen muß, und so wie die kommunistische Partei von links durch die Renaissance einer extremen Linken überflügelt wird. Das Phänomen gilt also allgemein: Im Fall des MRP aber kommt die Kritik am System selbst hinzu, demgemäß sich die Zugehörigkeit zur Kirche und die Zustimmung zu ihren Lehren in einer politischen Organisation äußern könnten oder müßten.

Ab 1962 verfällt der MRP in Winterschlaf: Seine Führer stellen ihn auf Sparflamme und arbeiten an der Schaffung einer umfassenderen Neugruppierung, die nur von der Rechten, von seiten der «Unabhängigen» auf Resonanz stößt.

Die Männer und Frauen, die den MRP durchlaufen haben, zerstreuen sich in alle Richtungen: Von der äußersten Rechten bis zur sozialistischen Linken. Georges Bidault – eine der hervorragendsten Persönlichkeiten des MRP, der dessen Vorsitzender gewesen war, ehemaliger Leitartikler der *Aube* in der Zeit vor dem Krieg, Nachfolger von Jean Moulin an der Spitze des Conseil National de la Résistance, Präsident der provisorischen Regierung nach dem Rücktritt General de Gaulles, Minister des Äußeren und Ministerpräsident in der IV. Republik – geht zu der General de Gaulle gegenüber unnachgiebigsten Opposition über, die sogar soweit geht, die Versuche der OAS, General de Gaulle gewaltsam zu beseitigen, zu unterstützen. Andere ebenso markante Persönlichkeiten haben sich den gaullistischen Parteien angeschlossen und in den Regierungen der IV. Republik verantwortliche Posten übernommen, so z. B. Maurice Schumann, der erste Vorsitzende des MRP. Dagegen stellt sich sein letzter Vorsitzender, Jean Lecanuet, 1965 zur Präsidentschaftswahl gegen de Gaulle und zwingt ihn durch ein Unentschieden der Stimmresultate zur Stichwahl. Andere haben sich dem Mendésismus (benannt nach: Pierre Mendés-France, frz. Jurist und Politiker. Anm. d. Übers.) angeschlossen; wieder andere haben sich nach 1970 mit dem Sozialismus verbunden und an der Erneuerung der sozialistischen Partei teilgenommen. Der MRP erscheint so als Durchgangsstation, und seine «Nachkommen» leben in einer Art Diaspora.

### *Die heutige Situation*

Was ist heute davon übriggeblieben? Erwähnen wir zur Erinnerung einen kleinen Verband, der im Gefolge eines alten Führers des MRP, Alfred Coste-Floret, und mit Unterstützung einiger Freunde des Industriellen Marcel Dassault den Namen der christlichen Demokratie wiederaufgenommen hat; sein Programm unterscheidet sich kaum von dem der konservativen Rechten. Der Centre des démocrates sociaux, der integrierender Bestandteil der rechten Mehrheit ist, und der mehrere seiner Mitglieder in der von Chirac geleiteten Regierung hat, ist ganz sicher der legitimste Erbe des alten MRP und der letzte Rest der christlichen Demokratie Frankreichs. Hier finden viele jener wieder zusammen, die im politischen Engagement im MRP debütiert hatten. Überdies geben mehrere Indizien zu verstehen, daß, nachdem er seine Herkunft jahrelang

scheinbar vergessen hatte, der CDS heute besorgt ist, seine Wurzeln wiederzufinden und seine Identität entsprechend der Tradition der katholischen Demokraten zu bekräftigen. Ist dies vielleicht das Vorzeichen einer Renaissance dieser Idee in Frankreich?

Dieser knappe Überblick über eine bewegte Geschichte, bestehend aus verschiedenen Phasen des Verschwindens und Wiederauftauchens, wird gezeigt haben, daß der Fall Frankreichs ein Einzelfall ist. Frankreich hat keine konfessionelle Partei erlebt, die vergleichbar wäre mit denen, die in der politischen Geschichte Deutschlands, Italiens, Belgiens, der Niederlande, Österreichs und anderer Länder eine wichtige Rolle gespielt haben. Diese Besonderheit gibt dem Verstand ein wahres Rätsel auf. Man ahnt gewisse Elemente der Erklärung: In Deutschland oder in den Niederlanden war die Bildung einer konfessionellen Partei das Mittel einer religiösen Minderheit, ihre Identität zu wahren und die Gleichberechtigung durchzusetzen; nun war Frankreich ein Land, in dem quasi katholische Einmütigkeit herrschte – aber in Italien auch, und Italien hat dennoch eine christliche Demokratie. Die wahre Erklärung ist zweifellos in einer kulturellen Tradition zu suchen, die sich immer eine eigenartige Vorstellung von den Beziehungen zwischen Politik und Religion gemacht hat: Die einen haben einen instinktiven Widerwillen gegen das «gouvernement des curés», einen alten antiklerikalen Instinkt – andere haben von der religiösen Überzeugung eine zu erhabene Vorstellung, um zu akzeptieren, daß sie sich in der Zufälligkeit politischer Wahlen erniedrigt. Die Verbindung dieser gegensätzlichen Vorstellungen hat die Bildung einer unverhohlenen konfessionellen Partei verhindert und den Aufschwung einer christlichen Demokratie gehemmt. In dieser wie vielleicht auch in manch anderer Beziehung gleicht Frankreich seinen Nachbarn nicht.

Aus dem Französischen übersetzt von Astrid Dehé

### RENÉ RÉMOND

Professor der zeitgenössischen Geschichte und der Politikwissenschaft. Lehrt an der Universität Paris X Nanterre und am Institut für Politikwissenschaften in Paris. Veröffentlichungen: Zahlreiche Bücher über die politische und religiöse Geschichte des heutigen Frankreich. U. a.: *Les droits en France*; *Les catholiques dans la France des années 30*; Beitrag zu «*Histoire du catholicisme en France*», Hg. André Latreille; *Forces religieuses et attitudes politiques dans la France contemporaine*; *L'anticléricalisme en France de 1815 à nos jours*. Anschrift 172, Ave. du Maine, F-75014 Paris, Frankreich.